

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retournieres.

Erste Ausgabe mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Nun wird alles anders werden!

Die Hauptschlager, mit denen die deutschbürgerlichen Parteien im Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten operierten, waren das angebliche „Verfagen“ unserer Partei in der Beseitigung des sozialen Elends, der Arbeitslosigkeit, in der Sicherung des Arbeitsplatzes der deutschen Arbeitnehmer und in der „Wirtschaft“ der Sozialdemokraten in den Gemeindeverwaltungen. Das waren beiseite nicht die einzigen treudeutschen Unwahrheiten, mit denen Hakenkreuzler, Landbündler und Merkale die Kosten ihrer Agitation bestritten haben; daneben war es auch die Aufpeitschung der niedrigsten Instinkte und die Jurtschaustellung der ältesten Lasterhüter bürgerlicher Wahlmagogie, die das geistige Rüstzeug ihres antisozialistischen Feldzuges bildeten, aber am liebsten war ihnen die verlogene Ausschrotung des Nachkriegselends in allen seinen Arten und Formen. Mit dreister Stirne machten sie für die wirtschaftliche Zerrüttung, für die Arbeitslosigkeit und für die „soziale Nivelierung“ der Angestellten und geistigen Arbeiter die — Sozialdemokraten verantwortlich, wobei ihnen das Vaster der Vergesslichkeit der Bevölkerung zur Hilfe kam. Wäre diese Vergesslichkeit des leider noch immer großen Heeres der Gedankenlosen den deutschbürgerlichen Parteien nicht beigegeben, so hätte ihr Trieb, uns für ihre eigenen Verbrechen verantwortlich zu machen, schmähslich geendet. So freilich fanden sie damit bei jenen Gehör, die nicht die Zusammenhänge kennen oder sie vergessen haben und die tönenden Schlagworten nachhören.

Nun jubeln sie, der „nationale Gedanke“ habe gesiegt, obwohl doch gerade dieser in der Wahlagitiation gegen uns eine untergeordnete Rolle spielte, denn an keinem einzigen Beispiel konnten uns die Deutschbürgerlichen nachweisen, daß wir gegen die nationale Unterdrückung durch die tschechischen Machthaber, für den Schutz des kulturellen Besitzes, den Schutz des Arbeitsplatzes und für die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes weniger entschieden gekämpft hätten als sie. Nicht einen einzigen Beweis vermochten sie zu erbringen, daß ihre Methoden, ihr Wirken wirksamer und erfolgreicher war, als das unsere und auch nicht das kleinste Plus an Erfolgen gegenüber unseren waren sie in stande, als ihre besondere Leistung anzuführen. Nicht Methode stand gegen Methode, denn auch die bürgerlichen Parteien sind das Rezept, wie die Sperrung deutscher Schulen und die Protokollmachung deutscher Staats-, Landes- und Gemeindeangestellten zu verhindern wäre, vollständig schuldig geblieben. Dabei sind der deutschbürgerlichen Vertreter im Parlament doch mehr als jene der deutschen Sozialdemokraten, ohne daß sie — abgesehen von ihrem nationalistischen Geschrei — vermocht hätten, der nationalen Gewaltpolitik besser zu steuern als wir. Das wird sich auch nach den Gemeindevahlen nicht im geringsten ändern und selbst dann nicht, wenn das Ergebnis dieser Wahlen auf die Zusammensetzung des Parlamentes übertragen werden würde. Kann wirklich jemand im Ernste glauben, eine Verstärkung der bürgerlich-nationalistischen Parteien um ein halbes oder ganzes Duzend Sitze im Abgeordnetenhaus auf Kosten der deutschen Sozialdemokraten würde die deutsche Bevölkerung vor nationaler Vergewaltigung wirksamer schützen, als das bisher der Fall war? Würden dann weniger Anschläge auf die deutschen Bildungsanstalten verübt werden, die deutschen Beamten, Lehrer und Angestellten sich sicherer im Besitze ihrer wirtschaftlichen Existenz fühlen können? Wäre der Bestand der allnationalen tschechischen Regierungskoalition, deren Bestand doch alle diese Gewalttaten den Machthabern ermöglicht, dann etwa gefährdeter als heute? Bei einigem Nachdenken beden diese Fragen den großen erbärmlichen Schwindel der Deutschbürgerlichen ebenso wie ihre bei diesen Wahlen gemachten Verheißungen auf. Gegen die Gewaltpolitik der Koalition, deren Bestand diese

Eine englisch-belgische Demarche bei Poincaré.

Frankreich möge Stresemanns Veröhnungswert nicht erschweren. — Ein spontaner Schritt der beiden Mächte.

Berlin, 19. September. (Eigenbericht.) Es hatte Erstaunen erregt, daß der französische Ministerpräsident in seinen letzten rednerischen Rundgebungen so gut wie gar nicht auf die neuen Angebote der deutschen Regierung in der Ruhr- und Reparationsfrage eingegangen war. Wie Berliner Blätter nunmehr behaupten, ist die Erklärung dafür in einem gemeinsamen Schritt der englischen und belgischen Regierung zu suchen, der bei der französischen Regierung erfolgte. Es wird darüber berichtet: In der vergangenen Woche seien beim französischen Ministerpräsidenten sowohl der englische als auch der belgische Botschafter erschienen und hätten im Auftrage ihrer Regierungen Vorstellungen erhoben in bezug auf die Haltung Frankreichs gegenüber der neuen Reichsregierung, vornehmlich in der Ruhrfrage. Es sei Poincaré vorgehalten worden, daß die deutsche Regierung mit dem Reichstage und ferner mit der öffentlichen Meinung in Deutschland rechnen müsse und daß man hinsichtlich des Ruhrkampfes an die deutsche Regierung keine Forderungen stellen könne, die sie selbst beim besten Willen nicht erfüllen könne, ohne mit dem Reichstage und der öffentlichen Meinung in Konflikt zu geraten. Der französische Ministerpräsident sei gebeten worden, dem Kabinette Stresemann gegenüber eine veröhnlichere, entgegenkommendere Haltung einzunehmen und ihm die Beendigung des Ruhrkonfliktes in einer für Deutschland tragbaren Form zu ermöglichen. Dieser Schritt, so wird weiter behauptet, habe im Auswärtigen Amte in Paris eine gereizte Stimmung hervorgerufen. Poincaré habe nämlich vermutet, daß London und Brüssel

erst auf Ersuchen der deutschen Regierung zu diesem Schritte veranlaßt worden seien. In Wahrheit aber habe die deutsche Regierung die englisch-belgische Demarche nicht nur nicht veranlaßt, sondern von ihr auch noch mehrere Tage, nachdem sie bereits erfolgt war, nicht einmal Kenntnis gehabt. Sowohl die englische wie die belgische Regierung hätten durchaus aus eigener Initiative gehandelt; wenn auch die deutsche Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß die Reparationsfrage naturgemäß nur in Verhandlungen zwischen Deutschland und der Gesamtheit der Alliierten gelöst werden könne, so gehe doch aus allen Rundgebungen des Kabinetts Stresemann hervor, daß es das Bestreben habe, zunächst den Ruhrkonflikt im Besonderen durch ein Einvernehmen mit den Besatzungsmächten aus der Welt zu schaffen.

Ueber den Stand der Fühlungnahme zwischen Berlin und Paris kann folgendes gesagt werden: Der Pariser „Temps“ hatte einen offenbar offiziellen Artikel gegen Stresemann veröffentlicht, in welchem dem Reichskanzler zum Vorwurf gemacht worden war, daß seine Vorschläge unklar und zweideutig seien und deshalb kein Vertrauen verdienen. Demgegenüber wird jetzt hier erklärt, daß die deutsche Regierung ihrem Garantieangebot eine deutsche solide Basis gegeben habe und daß es ja die französische Regierung jederzeit in der Hand habe, sich über alle Einzelheiten zu orientieren. Nach der Erklärung des Reichskanzlers bestehe das deutsche Angebot in einer Hypothek auf die deutsche Wirtschaft und den Grundbesitz; die Zahlungen sollen nicht erst im Jahre 1927 beginnen, sondern so rasch wie möglich bewerkstelligt werden. Dagegen akzeptiere man von deutscher Seite, was von Frankreich in Aussicht gestellt werde, nämlich Räumung mit Beginn der Zahlungen.

Wahlen kaum in Frage stellen werden, würde kein Wahlsieg die Bürgerlichen und keine Veränderung im politischen Bestände der Parteien innerhalb der deutschen Wählerschaft auch nur das Geringste ändern. Man kann im Gegenteil als sicher annehmen, daß jede nationale Radikalisierung der deutschen Bevölkerung, jede Stärkung der deutschnationalen Parteien automatisch eine Stärkung des tschechischen Nationalismus nach sich ziehen muß. Je einbringlicher die tschechischen Nationalisten der Bevölkerung die „nationale Gefahr“ vor Augen führen können, desto mehr wird auch ihr Einfluß im tschechischen Volke steigen und desto inniger und fester werden sich die Koalitionsparteien zusammenschließen. Wir, die wir doch die Minderheit unter den deutschen Vertretern im Parlament hatten, konnten nicht die Anschläge des tschechischen Nationalismus abwehren und die Entlassungen deutscher Angestellter verhindern, das konnten auch die deutschbürgerlichen Parteien nicht und wären dazu auch außerstande, selbst wenn sie mit den todendsten Versprechungen und verlogenenst Kniffen uns die Hälfte der Mandate abjagen würden. Aber im Gemeindevwahlkampf machten sie doch für die vorläufige unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Sicherung der Rechte des deutschen Volkes uns verantwortlich, nun mag es sich erweisen, wie sie, da der „nationale Gedanke“ gesiegt habe, für die Vereinstellung von Prot. Arbeit und Recht der deutschen Bevölkerung sorgen werden. Die Enttäuschung der betrogenen Wähler kann nicht ausbleiben.

Diese Enttäuschung werden aber auch die anderen Verheißungen der Deutschbürgerlichen werden. Sie haben zwar nirgends deutlich gesagt, wie sie die Gemeinden besser verwalten, die Erleichterung der Ausgaben der Gemeinden in der Nachkriegszeit und die schlechte Lage der Gemeindefinanzen verhindern hätten, aber das hinderte sie nicht, ganz allgemein über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den

Gemeinden Entrüstung zu heucheln. Daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden leere Kassen, statt Geld Schulden übernehmen und in schwerster Zeit verwalten mußten, da ungeheueren Aufgaben an die Gemeinden herantraten, das ist doch wahrlich nicht ihre Schuld. Die Verlogenheit der Deutschbürgerlichen hat es vermocht, die Sozialdemokraten, trotz aller ihrer aufopfernden Arbeit und ihrer oft hervorragenden Leistungen auf kommunalpolitischem Gebiete für alle in den Zeitverhältnissen begründeten Unzulänglichkeiten, Schwierigkeiten und Schäden verantwortlich zu machen. Aber sehen wir nach Karlsbad, nach Reichenberg, nach Eger und zahlreichen anderen Städten und Orten, wo die Bürgerlichen an der Herrschaft waren! Auch dort überall sind die Gemeindefinanzen zerrüttet, der Schuldenstand ungeheuer, die Umlagen nicht niedriger als anderswo! Ihre eigenen Leistungen haben nie und nirgends noch ihre großsprecherischen Versprechungen zu rechtfertigen vermocht. Wenn sie die Gemeindefinanzen „bessern“ wollen, dann können sie dies nur auf Kosten jeder sozialpolitischen Fürsorge, auf Kosten der Lebenshaltung der Gemeindegestellten tun. Wir sind begierig, die Taten zu sehen, die den Wahlverheißungen der Bürgerlichen folgen werden. Wenn ihre skrupellose Wahlagitiation bei der irreführten Bevölkerung den Eindruck wecken mußte, daß nun nach der „Ver-nichtung“ der Sozialdemokratie und dem „überwältigenden Siege“ des Bürgertums, alles, alles anders und besser werde, so haben keine Vertreter, die nun wieder die Verantwortung für die Gemeinden übernehmen, zu erweisen, wie sie diese Erwartungen rechtfertigen. Wir warten der Taten! Wenn sie ausbleiben, wird die Enttäuschung der Bevölkerung nicht lange ausbleiben. Und daß diese Enttäuschung kommen wird, kommen muß, kann man den übermütigen „Siegern“ schon heute vorausagen!

Vor den Wahlen in Oesterreich.

Die Restauration der Bourgeois Herrschaft, die Abschaffung der Errungenschaften der Revolution, die Niederringung und Niederhaltung der Arbeiter — diese Rückwärtsbewegung der Weltgeschichte, die in der gegenwärtigen Reaktionsperiode in so vielen europäischen Ländern vorübergehend gelang, ist auch in Oesterreich das Ziel des Bürgertums im Wahlkampf. Und dieser hehre Gedanke hat alle Schichten der Bourgeoisie geeinigt: die bürgerliche Einheitsfront gegen die „Marxisten“ ist die beherrschende Idee, die unbestritten alle Besitzenden einigt. Aber freilich, neben dieser bürgerlichen Idee der antimarxistischen Einheit steht die bürgerliche Realität der Mandate und der Personen und deshalb ist trotz wochenlangender Verhandlungen die bürgerliche Einheitsfront nicht zur bürgerlichen Einheitsliste geworden. Nie noch, in keinem anderen Lande, war die Einformigkeit der Besitzenden, ihre Interessengleichheit gegenüber der Arbeiterklasse so ausgeprägt, wie diesmal in Oesterreich; dennoch ziehen sie als verschiedene Parteien, die beim besten Willen zwischen sich keinen Unterschied entdecken, mit verschiedenen Programmen, die nur dem Mandatskäufer ihren Ursprung verdanken, mit verschiedenen Listen ins Feld.

Schon bisher war ja in Oesterreich im Grunde genommen ein Zweiparteiensystem verwirklicht, das den Klassenkampf auf seine klarste und einfachste Formel bringt: das Bürgertum unter Führung der Christlichsozialen, denen die „Großdeutschen“ als ein klägliches Anhängsel nachschleichen, stand gegen die Sozialdemokratie, die alleinige Vertreterin der Arbeiterklasse. Die Christlichsoziale Partei war, wie ihr Name — heute eine Fälschung — sagt, einstmals als antikapitalistische Partei des reaktionären Wiener Kleinbürgertums gegründet worden, die den „kleinen Mann“ gegen das „jüdische“ Großkapital, gegen die damals herrschenden Liberalen aufrief. Heute ist — im Zuge einer Entwicklung, die sich unaufhaltsam in allen Ländern vollzieht — der österreichische Liberalismus längst verschwunden; und heute ist die Christlichsoziale Partei längst eine kapitalistische Partei geworden, aber clerikal und reaktionär geblieben; sie ist, was die englische konservative Partei sich zu werden ansieht, eine Vereinigung aller Besitzenden vom Bauer bis zum Bankdirektor, vom kleinen Hausherrn bis zum Großunternehmer, eine Partei ohne nationale oder soziale Ideale, die von der Kraft der Bauernschaft getragen, von der Geschicklichkeit der Pfaffen und einiger städtischer Politiker nach außen hin geführt und von den Interessen der kapitalistischen Unternehmer und Bankiers im Innern gelenkt wird. Die Beibehaltung ihrer einstmaligen Phrasologie und der Einfluß der Kirche namentlich auf Frauen sichert ihr noch immer einigen Anhang unter den sogenannten Mittelschichten, den Gewerbetreibenden, Beamten und Kleinbauern, deren Interessen sie längst verraten hat; gern läßt sich der jüdische Großkaufmann einige antisemitische Reden gefallen, wenn sich durch sie der Kleinmeister vor den Toren des Großkapitals spannen läßt („ein kleiner Pogrom ist mir lieber als eine große Vermögensabgabe“), soll einer dieser jüdischen Wähler der Christlichsozialen gesagt haben) und gern folgt der Bauer der politischen Führung der Pfaffen, sofern sie ihm seine ökonomischen Interessen sichert, seine clerikale Unkultur vor jedem „Amsturz“ behütet und, was die Hauptsache ist, sie alle, Agrarier, Unternehmer, Kleingewerbetreibende zur reaktionären Masse gegen die Arbeiter vereinigt.

Neben dieser großen Partei der Reaktion treten die anderen weit zurück. Die Großdeutschen sind groß höchstens im Verat ihrer angeblichen Prinzipien; ihrer Zahl nach sind sie klein und werden bei der kommenden Wahl voraussichtlich noch viel kleiner werden. Dann gibt es die Nationalsozialisten, die Hakenkreuzler, die über Befehl Hitlers den Antiparlamentarismus und die Wahlenthaltung proklamieren haben, was dazu geführt hat, daß etliche ihrer mandatshungrigen Führer einfach aus der Partei ausgestiegen sind und sich bei den Großdeutschen um ein Mandat betwarben. Da gibt es ferner einen sogenannten Landbund, der am rechten Flügel der bürgerlichen Front steht, da gibt es ein paar gottschämmerliche Reste des einstmaligen „freieitlichen“ Bürgertums in Wien, von denen bisher noch immer nicht feststeht, ob ihre streitenden Kaffeekausgesellschaften als eine „Partei“ vor die Wähler treten werden oder wie gewöhnlich als sechs. Da gibt es schließlich zwei kleine nationale Minoritätsgruppen in Wien, Tschechen und Jüdischnationale; doch

haben die Wiener tschechischen Sozialdemokraten beschlossen, diesmal nicht für die nationale Koalition, sondern für die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Und richtig — leicht könnte man sie übersehen — dann gibt es ja auch noch die freiwilligen Helfer der Reaktion, die Kommunisten, deren absolute Bedeutungslosigkeit in Oesterreich dieser Wahlkampf und sein Ausgang von neuem dartun wird.

Treten so die Parteien rein nach Klasseninteressen geordnet in zwei Fronten ins Feld, so bleibt für politische Mannigfaltigkeit kein Raum. Der Wahlkampf ist daher arm an irgendwelchen Gedanken; er wird im Grunde um die eine große Frage geführt: wer soll die Kosten der Sanierung bezahlen? Und da haben nun die Bürgerlichen zu der Antwort, die sie bisher schon durch die Taten ihrer Regierung gegeben haben, noch eine weitere Ankündigung hinzugefügt: Siegen die Bürgerlichen, so soll der Mieterschutz aufgehoben werden. Der Bundeskanzler Seipel selbst hat es mehrfach und ausdrücklich versprochen; ein bürgerlicher Wahlsieg bedeutet, daß zu dem Abbau der Beamten, dem Abbau der Schulen, der Spitäler, der Kultur auch noch der Abbau des Mieterschutzes hinzukommt. Daß die breiten Massen, die jetzt schon die ganzen Kosten der Sanierung zahlen, dann auch noch den 15.000fachen Vorkriegszins zahlen werden, daß die ungeheure Erhöhung der Löhne und Warenpreise, die diese wirtschaftliche Revolution im Gefolge haben müßte, die Wirtschaftskrisis, die Arbeitslosigkeit, die Teuerung ins Unermeßliche verschärft. Begründet wird dieser Angriff auf die Lebenshaltung des ganzen Volkes damit, daß dann das Privatkapital wieder Häuser bauen würde; aber diese Lüge wird schon dadurch entlarvt, daß auch heute schon neugebaute Häuser nicht dem Mieterschutz unterstehen und dennoch kein einziges Haus von privatem Kapital gebaut wird: denn dieses könnte selbst bei vollqualifizierten Mietzinsen — die dann für eine Kleinwohnung acht Millionen Kronen jährlich erreichen würden — kaum eine zehnprozentige Verzinsung erreichen; und wo wäre da für r Geld erhältlich, da an der Börse hundert und zweihundert Prozent winken? Nicht bauen also wollen die Hausbesitzer; aber sie wollen wieder „Herren im Hause“ sein, sie wollen die Zinswucherfreiheit, die Kündigungswillkür wieder haben, sie wollen, wie sie selbst sagen, die Wohnverhältnisse der Vorkriegszeit wieder herstellen, aus denen sich die arbeitenden Menschen dank den Wohnverhältnissen der Republik und mit Hilfe der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen mühsam zu befreien begannen. Die Wohnverhältnisse der Vorkriegszeit, die der Tuberkulose den Namen der „Wiener Krankheit“ eingetragen haben — unter denen 78 Prozent aller Wiener Wohnungen Kleinwohnungen waren, in denen zwei Drittel der Wiener Bevölkerung lebten — sie sind die Wahlparole des Bürgertums!

Zeit schon diese Herausforderung, wie sehr den Reichstagen der Kampf geschwollen ist, so ist sie immerhin noch aus der Absicht verständlich, die bürgerliche Einheitsfront nicht durch angeordnete Seitenzüge der unzufriedenen Hausbesitzer stören zu lassen. Was aber soll man dazu sagen, daß die Partei, die die Republik regiert, die Christlichsozialen, ein offizielles Wahlbündnis mit den Monarchisten abgeschlossen haben, demzufolge die Christlichsozialen ausdrücklich als solche erklärte Monarchisten an ausführender Stelle auf ihre Wahllisten nehmen, demzufolge also der Bundeskanzler der Republik auf derselben Liste mit den erklärten Gegnern der Republik kandidiert! Und dies nicht etwa, um Stimmen zu gewinnen — denn es gibt keine zehntausend Monarchisten in Oesterreich, und sicher keine fünfzehnhundert, die nicht ohnedies die christlichsozialen „Republikaner“ gewählt hätten — sondern einfach aus frechem reaktionären Uebermut, zur Verhöhnung der Republik, als Krönung der Restauration der Bourgeoisie! Aus diesem Siegesbewußtsein, vor dem man zweifeln kann, ob man es für eine Dummheit oder eine Gefahr halten will, spricht der wahre Sinn der Seipelschen Sanierung: der Hausherr soll wieder Herr in seinem Hause, der Unternehmer wieder in der Fabrik, der Offizier wieder in der Kaserne — und am Ende der Kaiser wieder in Oesterreich sein.

Diese Parolen geben freilich der sozialdemokratischen Partei sehr brauchbare Waffen im Wahlkampf in die Hand und tatsächlich ist die wohl vorbereitete Partei in der Wahlagitatio bereits unverkennbar im Vorsprung. In Wien erscheint eine eigene Wochenzeitung, die kostenlos in sämtliche Wiener Wohnungen zugestellt wird — denn der Wahlkampf ist vor allem ein Kampf um Wien. Mit dem Nationalrat zugleich wird der Wiener Gemeinderat, der gleichzeitig Landtag ist, neu gewählt; und der Besitz der Stadt Wien, der einzigen von Arbeitern verwalteten Millionenstadt der Welt, in der ein Drittel der Einwohner des Staates lebt, die in ihrer Doppelseigenschaft als Land und Gemeinde auch verfassungsmäßig eine starke Stellung hat — das rote Wien inmitten der schwarzen Sanierung ist eine der stärksten Machtpositionen der österreichischen Arbeiterklasse. Die Behauptung der sozialdemokratischen Zweidrittelmehrheit im Wiener Rathaus, die der Stadt eine rein sozialistische Verwaltung sichert, ist darum ein Lebensinteresse des österreichischen Proletariats. Und wie haben die Arbeiter diese Stadt verwaltet: Dank einer demokratischen Verwaltungsreform, dank einer wahrhaft proletarischen Finanzpolitik, die sich an den Namen des Genossen Breitner knüpft, und die das Geld rücksichtslos von den Reichen holte, ist Wien — gestern die Bettlerin unter den Weltstädten — heute eine reiche, blühende Stadt. So beweisen

die Sozialdemokraten, daß sie nicht Gegner der Sanierung sind, sondern nur Gegner der Sanierung mit Seipels Mitteln und daß man es auch anders machen kann. So gewinnt der Wahlkampf eine zweite Bedeutung: Sanierung wie in Genf oder Sanierung wie in Wien?

Und das ist es, was auch das Ausland wissen soll — in Oesterreich wird im Grunde die Frage ausgetragen: Soll das internationale Großkapital unter dem Vorwand der „Hilfe“, die Makle des Völkerbundes vor seiner bluttriefenden Frage, die

Welt „sanieren“, die es zugrunde gerichtet hat? Soll es die bürgerliche Welt sanieren, die Bourgeoisie überall wieder aufrichten — auf den Leibern der niedergedrückten Arbeiter? Oder soll es in dieser Welt der Poincarés, der Mussolinis, der Gorthys, der Stinnes doch irgendwo ein Fleckchen geben, wo ein arbeitendes Volk seine Freiheit, seine Selbstverwaltung behauptet — um, wenn ihm die Kraft der Empörung wiederkehrt, die Welt neu aufzubauen nach seinem Willen?

Gemeindewahlergebnisse.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden uns noch folgende Resultate der Gemeindewahlen gemeldet:

Böhmen.

Tschau Stadt: Von 36 Mandaten entfallen auf unsere Partei 14.

Tschau Bezirk: Deutsche Sozialdemokraten 4050 Stimmen, Kleinbauern 1232 Stimmen, Kommunisten 242 Stimmen, Gewerkepartei 941 Stimmen, Sozialdemokraten 198 Stimmen, Bund der Landwirte 3539 Stimmen, Christlichsoziale 2607 Stimmen, Wahlgemeinschaft 1341 Stimmen, Tschechen 144 Stimmen und lokale Kandidatenlisten 1138 Stimmen.

Hohenjucht: Soz. 1, Tschechen 2, Arbeiter- und Handwerkerpartei 3, Bürgerliche Vereinigung 18.

Bullasch: Soz. 9, Wahlg. 8, lokale Kandidatenliste 6, Tschechen 1.

Rosenberg: Soz. 4, Nat. 4, Christl. 7, Agr. 2, Gewerbe 1.

Mähren.

Jwitzan: Soz. 8, Christl. 13, Nat.-Soz. 4, Tschechen 3, Gewerbe 8.

Loiskau: Soz. 6, Agr. 4, Christl. 12, Gewerbe 2.

Greifendorf: Soz. 7, Christl. 12, Agr. 8, Nat.-Soz. 3.

Brünn: Soz. 4, Bürgerliche 11, Nat.-Soz. 2, Komm. 4, Tschechen 3.

Weihschlitz: Soz. 3, soz. Kleinbauern 4, deutsche Häuser 4, Agr. 4.

Prütsch: Soz. Kleinbauern 1, Agr. 3, Christl. 5, Bauern 3, Grundbesitz 3.

Bulgaram: Soz. 6, Agr. 2, Tschechen 2, Unparteiliche 2, lokale Parteien 6.

Pratelsbrunn: Soz. Kleinbauern 5, Agr. 9, Christl. 4, Gewerbe 4, Beamte 2.

Reumühl: Agr. 9, Landarbeiter 3.

Stabitz: Soz. 8, Bürgerl. 19, Tschechen 3.

Teletitz: Agr. 8, Tschechen 1.

Jelka: Agr. 8, Tschechen 1.

Grubitz: Soz. 12, Tschechen 2, Landwirtpartei 11, Gewerbe 2, Besoldete 3.

Probitz: Soz. 9, Christl. 6.

Groß-Tscho: Arbeiter 8, Bauern 9, Mittelstand 19.

Höflein: Kleinbauern 10, Tschechen 2, Wirtschaftsprüfung 18.

Grafendorf: Kleinbauern 11, Christl. 7, Agr. 5, Tschechen 1.

Jochowitz: Soz. 9, Tschechen 2, Christl. 11.

Stettan: Soz. 3, Wahlg. 20, Landvolk 7.

Tschitz: Arbeiter 18, Agr. 15.

Freimühl: Soz. 4, Agr. 6.

Prasin: Soz. 2, Agr. 4, Tschechen 3, Komm. 2, Deutschdem. 7.

Währich-Trüben: Soz. 11, Nat.-Soz. 3, Bürgerliche 8, Christl. 5, Christl. Arbeiter 3, Gewerbe 4, Tschechen 2.

Altstadt: Soz. 3, Agr. 15.

Prisen: Soz. 3, Agr. 9.

Dittersdorf: Soz. 3, Agr. 9.

Rornitz: Soz. 4, Agr. 13.

Vorstendorf: Soz. 7, Agr. 5, Christl. 10, Gewerbe 2.

Kunzendorf: Soz. 4, Agr. 6, Christl. 8.

Ranigsdorf: Soz. 3, Agr. 12.

Langenlisch: Soz. 7, Agr. 7, Christl. 9, Gewerbe 1.

Tschuschitz: Soz. 4, Agr. 8.

Triebendorf: Soz. 7, Agr. 7, christliche Arbeiter 5, Gewerbe 5.

Urbants: Soz. 5, Agr. 7, Wahlg. 9.

Uttigsdorf: Soz. 4, Agr. 8.

Schlesien.

Markersdorf: Soz. 61 (3), Steuerträger 85 (5), Nat.-Soz. 40 (2), Gewerkepartei 79 (5).

Strehowitz: Soz. 186 (6), Deutsche Nationalpartei 373 (12).

Stieditz: Soz. 216 (6), Nat.-Partei 473 (14), Komm. 149 (4).

Wagstadt: Soz. 587 (7), Christl. 426 (5), Nat.-Soz. 104 (2), Wirtschaftspartei 744 (9), Komm. 840 (4), Lidova strana (tsch. fortschr.) 181 (1), Tschsch. Soz.-Dem. 813 (2).

Sandau: Deutsche 13, Tschechen 11.

Janditz: Deutsche 16, Tschechen 2.

Ober-Gositz: Soz. 5, Deutsch. Nat. 7.

Welschwasser: Soz. 4, Christl. 6, Deutsch. Nat. 5.

Friedberg: Soz. 4, Nat.-Soz. 2, Gewerbe 4, Agr. 6.

Groß-Kroffe: Komm. 4, Nat.-Soz. 2, Christl. 8, Gewerbe 4, Agr. 4.

Alt-Rothwasser: Soz. 7, Christl. 10, Deutsch. Nat. 13.

Weidenau: Soz. 5, Komm. 2, Christl. 12, Deutsch. Nat. 11.

Abelsdorf: Soz. 4, Christl. 8, Deutsch. Nat. 6.

Böhmischdorf: Soz. 8, Komm. 2, Nat.-Soz. 4, Christl. 12, Deutsch. Nat. 4.

Stellenfurt: Soz. 6, Komm. 1, Christl. 4, Deutschschölich 7.

Gröblich-Neudorf: Sozialdem.-Kommunist. Liste 8, bürgerliche 7.

Groß-Kunzendorf: Soz. 5, Christl. 13.

Rohlsdorf: Soz. 7, Christl. 8.

Altsdorf: Soz. 9, Christl. 17, Deutsch. Nat. 4.

Niederndewitz: Soz. 7, Christl. 15, Deutsch. Nat. 3, Agr. 3.

Oberndewitz: Soz. 8, Komm. 1, Christl. 7, Parteilos 2.

Sandhülzl: Soz. 3, Christl. 6, Deutsch. Nat. 9.

Saubsdorf: Soz. 3, Komm. 4, Nat.-Soz. 2, Christl. 12, Deutsch. Nat. 3.

Endersdorf: Soz. 7, Christl. 9.

Zuckmantel: Soz. 4, Komm. 2, Nat.-Soz. 1, Christl. 17, Deutsch. Nat. 6.

Zwischen Krieg und Frieden.

Eine unheimliche Allianz, die anderen wertvoll ist. — Bulgarische Bandeneinfälle und jugoslawische Kriegsdrohungen. — Frankreichs Rolle.

Paris, 19. September. (Havas.) Der „Nation“ veröffentlicht das Interview seines Berichterstatters mit dem jugoslawischen Gesandten in Paris Spalajkovic. Dieser erklärte: Wir wünschen Fiume wegen keinen Konflikt, obwohl unsere nationale Kraft dank den wertvollen Allianzen und Freundschaften gewachsen ist. Ich wünsche aus vollem Herzen, daß die gegenwärtigen Verhandlungen Erfolg haben mögen. Bezüglich des Konfliktes mit Bulgarien erklärte der Gesandte, im Falle eines Angriffsversuches bulgarischer Banden wäre man in Belgrad zu einer militärischen Aktion entschlossen.

„Echo de Paris“ schreibt, Frankreich werde sich nicht in die zwischen Italien und Jugoslawien schwebenden Angelegenheiten einmengen, es sei denn, daß dies beide Parteien wünschen würden, es werde aber keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu einer friedlichen Lösung der gegenwärtigen Differenzen beizutragen.

Der Reichstag für Mittwoch einberufen.

Berlin, 19. September. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat für Mittwoch den 26. September den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichspräsident schon in den ersten Sitzungen der Parlamentstagung eine Erklärung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage im Zusammenhang mit einer Darstellung über die innenpolitische Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgeben wird.

Bestürzung in Belgrad.

Belgrad, 18. September. Die gestrige Nachricht über die Einsetzung eines italienischen Generalgouverneurs in Fiume hat in allen hiesigen Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Die vom italienischen Geschäftsträger im Ministerium des Äußern abgegebene Erklärung konnte die Erregung der hiesigen öffentlichen Meinung nicht beschwichtigen, weil hier niemand der Aufrichtigkeit Italiens glauben schenkt. Der Ministerrat wird in der heutigen Abend Sitzung über die gegenwärtige Situation beraten und wahrscheinlich die Antwort auf den von Mussolini an den Minister des Äußern gerichteten Brief festsetzen.

Die Blätter fordern die Regierung auf, die Fiumaner Frage sofort einem internationalen Forum zur Entscheidung vorzulegen.

Europa verträgt kein zusammenbrechendes Deutschland.

Eine vernünftige englische Stimme zur deutschen Krise.

London, 19. September. (NR.) Die heutigen „Times“ schreiben, daß die Reparationsfrage wieder in den Vordergrund der politischen Bühne treten werde und bringen ein pessimistisches Bild unerfreulicher Zustände in Deutschland, die die noch nicht geregelte Reparationsfrage gebracht hat. Das Blatt verweist auch auf die Wirkungen

dieser chaotischen Zustände, auf den Handel der skandinavischen Länder, Belgiens und selbst Frankreichs. Die „Times“ schreiben: Der Rückschlag dieses Zustandes auf das übrige Europa könnte die ernstesten Folgen nach sich ziehen, sollte Deutschland tatsächlich zusammenbrechen. Europa verträgt keine weiteren Hungernden und Verzweifelten, denn die Situation Europas ist ohnehin schon sehr bedenklich unbeständig. Europa wünscht nicht den französischen Sieg über Deutschland im Reparationskampfe viel zu teuer zu bezahlen. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß es nicht wünsche, es möge eine derartige Lösung eintreten, durch welche die berechtigten französischen Ansprüche befriedigt würden. Was uns Engländer anbelangt, wünschen wir vor allem, daß Deutschland in den Grenzen seiner Fähigkeit bezahlt, was es für die durch die deutschen Truppen verursachten Verwüstungen schuldet. Die öffentliche Meinung ist auch weiterhin fest geblieben bezüglich der Bereitwilligkeit, Frankreich gegen nicht herborgerufene Angriffe zu sichern.

Bantafelurie.

Berlin, 19. September. (Eigenbericht.) Die Devisenhausse setzte sich auch heute weiter fort; trotzdem eine fühlbare Geldknappheit eingetreten ist, ist die Nachfrage nach Devisen immer noch groß. Welche Gewinne dabei gemacht werden, ist voraus ersichtlich, daß an Zinsen für Papiermark bis zu zwölf Prozent täglich bewilligt werden. Dieser ungeheure Zinsfuß kann von den Devisen- und Wertpapierbesitzern um so eher geachtet werden, als die täglichen Kursstürze einen viel höheren Prozentsatz aufweisen. Der Dollar stieg heute von 150 auf 182, das englische Pfund von 680 auf 822, der Schweizer Frank von 26 auf 32 und die Tschechoskone von 4.5 auf 5.4 Millionen Mark.

Berzweigungsaustritte an der Tagesordnung.

Berlin, 19. September. Wie die Blätter berichten, breiten sich die Unruhen in Baden immer weiter aus. Wegen der Vorgänge in Lörrach ruft die kommunistische Partei Badens zum Generalstreik in ganz Baden auf. In Freiburg in Baden ist der Generalstreik bereits erklärt worden. Dort stellen die Demonstranten die gleiche Forderung, wie die von Lörrach. In Grenzach verlangten die Arbeiter einen Stundenlohn von über elf Mill. Mark, welche Forderungen bewilligt wurden.

In der deutschen Bahnhalle an der deutsch-schweizerischen Grenze sind kommunistische Kontrollposten aufgestellt, um die Fabrikanten zu verhindern, ihr Vermögen über die Grenze zu verschleppen. Die Demonstranten sind gestern gegen die Polizei mit Granaten und Revolvern vorgegangen, so daß die Polizei etwa 200 Verhaftungen vornehmen mußte. Die Fabrikanten wurden gezwungen, die Wirtschaftsbeihilfe von 50 Schweizer Franken zu zahlen und zwar die Hälfte sofort und die andere Hälfte in Naturalien.

Baldwin in Paris.

Paris, 19. September. (Havas.) Ministerpräsident Baldwin ist hier eingetroffen.

Paris, 19. September. Die englische Postzeitung veröffentlicht folgenden Bericht über die heute nachmittags erfolgte Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré: Heute nachmittags hat eine Begegnung der beiden Premierminister stattgefunden, die sie dazu benutzten, in einem Meinungsaustausch über die allgemeine Lage einzutreten. Man kann nicht erwarten, daß im Laufe einer einzigen Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin endgültige Lösungen festgehalten werden konnten, aber die beiden Staatsmänner konnten feststellen, daß in keiner einzigen Frage eine verschiedene Auffassung über die Ziele, noch eine grundsätzliche Differenz besteht, die die Zusammenarbeit der beiden Länder, von der in so weitem Maße die Stabilisierung und der Friede der Welt abhängt, gefährden kann.

Die Abrüstungsdebatte in Genf.

Beneß über die Reduktion der tschechoslowakischen Armees.

Genf, 18. September. Die Abrüstungskommission gelangte gestern und heute zum wichtigsten Teile des Vertrages betreffend den zweiseitigen Bestand. Der Vorschlag ist dazu bestimmt, die Voraussetzung für eine Einschränkung der Rüstungen im Sinne der in der vorjährigen Hauptversammlung angenommenen 17. Resolution zu bilden.

In der Debatte, welche sich bezüglich dieser Verträge entspann, ergriffen zunächst die Delegierten der Staaten das Wort, welche sich bereits im Laufe der Verhandlungen und der interimistischen gemischten Kommission gegen die Regionalverträge ausgesprochen hatten, indem sie einwendeten, daß diese Verträge nicht zum gegenseitigen Vertrauen beitragen und zur Einschränkung der Rüstungen führen können. Der ursprünglich prinzipiell ablehnende Standpunkt wurde in der Debatte der letzten Tage etwas gemildert und fand die präziseste Erklärung in der italienischen Formulierung, welche Regionalverträge unter dem Vorbehalte zuläßt, daß sie vom Völkerbundrate geprüft werden, welcher sich im vorläufigen bezüglich ihres defensiven Charakters versichert und die er zu revidieren in der Lage sein wird. Ein weiterer Vorbehalt ist die Forderung, daß solche Verträge allen Staaten zugänglich wären, eine Forderung, durch deren Erfüllung der Sinn dieser Verträge ab absurdo geführt würde. Der französische Delegierte Berron, einer der Mitarbeiter des Vorschlages, führte aus, daß eine Einschränkung der Rüstungen

ohne Garantien unmöglich sei. Ferner daß die Regionalverträge der einzige Weg zur Abrüstung seien und daß der Widerstand gegen dieselben den Fall des ganzen Werkes verursachen würde.

Dr. Benes, der dann zum Wort kam, verwies zunächst darauf, daß es eine Reihe von Ländern mit speziellen graphischen Verhältnissen, Traditionen und der Geschichte gebe, welche Sonderverträge dort benötigen, wo andere Länder den Bedarf derselben nicht fühlen.

Dieser Umstand nötigt zu besonderen Sorgen bezüglich der Sicherheit der neuen Staaten, Sorgen, welche die vom Kriege nicht betroffenen Staaten besitzen. Die Idee des Völkerbundes besteht in der Schaffung gleicher Bedingungen für die kleinen und großen Staaten und für diejenigen, welche günstige geographische Verhältnisse und Traditionen sowie auch für diejenigen, welche derartige Verhältnisse nicht besitzen.

Er beantwortet die Frage, ob die Idee dieser Verträge zur Wirkung führen könne, mit dem Hinweis auf die von der tschechoslowakischen Politik erzielten Ergebnisse, welche systematisch im Geiste des Völkerbundes, der Beruhigung und Konsolidierung Mitteleuropas, arbeiten.

die tschechoslowakische, welche den zweijährigen Militärdienst eingeführt hat, habe Maßnahmen zur Verabschaffung desselben auf 18 Monate getroffen und ist entschlossen, diese Reduktion fortzusetzen, wenn sich im Völkerbunde eine den Abrüstungsbedürfnissen günstige Situation äußert.

Das könnte die tschechoslowakei nicht tun, wenn sie nicht Garantien hätte, daß die im Völk angeführten Verpflichtungen eingehalten werden, wie dies die Regionalverträge garantieren. Dr. Benes schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, der Völkerbund könne ein demokratisches Minister nicht zu einer Politik von Geheimverträgen dadurch nötigen, daß er die Möglichkeit von im Geiste des Völkerbundes abgeschlossenen Teilverträgen ablehnen würde.

Inland.

Kommunistische „Statistiker“.

Der Reichenberger „Vorwärts“ veröffentlicht gestern unter dem Titel „Kommunisten und Sozialdemokraten im deutschen Gebiet“ eine „kleine Uebersicht“ über das Wahlergebnis im Reichenberger Gebiet und in Nordwestböhmen. In der einleitenden Bemerkung des „Vorwärts“ zu dieser seiner Zusammenstellung stellt er fest, daß die Kommunisten zwar „in einigen Orten“ für sich „mehr erwarteten“, hätten, daß aber die „Niederlage der Sozialdemokraten katastrophal“ war (mit welcher Behauptung der „Vorwärts“ zugibt, daß die Kommunisten selber auch eine Niederlage erlitten). Zum Beweise der „katastrophalen Niederlage“ der Sozialdemokraten aber führt er die Gesamtsummen der Stimmen sowohl der Sozialdemokraten als auch der Kommunisten in den einzelnen Gebieten Nordwestböhmens an und kommt zu dem Ergebnis, daß in Nordwestböhmen 417 kommunistischen Mandaten 1367 deutsche sozialdemokratische Mandate gegenüberstehen. Der „Vorwärts“ nennt seine Statistik über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokraten zu den kommunistischen Stimmen in Nordwestböhmen eine „Gesamtübersicht“, obwohl er sich merkwürdigerweise eine ganz eigentümliche Konstruktion von Nordwestböhmen zurecht gelegt hat. Obzwar er nämlich die Bezirke Bodenbach, Teischen und Benzen anführt, unterläßt er es in begrifflicher Bescheidenheit, auch Böhmisch-Kamnitz und Haida zu nennen, in welchen beiden Bezirken zusammen 215 deutschen sozialdemokratischen Mandaten 17 kommunistische gegenüberstehen. Hätte der „Vorwärts“ korrekterweise auch diese beiden Bezirke genannt und noch das Wahlergebnis vom Bezirk Postelberg hinzugefügt, den der „Vorwärts“ ebenfalls aus seinem Nordwestböhmen ausschneiden sich erlaubt, so hätte sich das Verhältnis von 417 zu 1364 in die Proportion 447 zu 1610 verwandelt. Im „Nordwestböhmen“ des „Vorwärts“ ist die deutsche sozialdemokratische Partei mehr als dreimal so stark wie die Kommunisten; in Nordwestböhmen ohne kommunistische Geometrie sind wir, die wir eine „katastrophale Niederlage“ erlitten haben, viermal so stark wie die Kommunisten!

Die Kunststücke des „Vorwärts“ sind aber damit noch nicht zu Ende. Denn er vergißt, wieder in allzu großer Bescheidenheit, zu vermerken, daß den 1367 Mandaten der deutschen Sozialdemokraten in den vom „Vorwärts“ angeführten Bezirken 417 Mandate deutscher und tschechischer Kommunisten gegenüberstehen. Und die Zahl der aus den kommunistischen Listen vereinigt

Gegen die Untätigkeit der Regierung im Bergarbeiterstreit.

Protest und Mahnung des Reichsausschusses der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Der Reichsausschuh der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich in seiner Sitzung am 19. September 1923 mit dem Streite der Bergarbeiterschaft beschäftigt, der infolge der Halsstarrigkeit des Unternehmertums in diesem Zeitpunkt nicht nur unmittelbar zu einer Katastrophe für das wirtschaftliche Leben zu werden droht, sondern auch Ausbrüche des Jornes der Arbeiterschaft wecken könnte. Nach Kenntnisnahme eines ausführlichen, durch einen Vertreter der Bergarbeiter erstellten Berichtes fordert der Reichsausschuh im Namen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Regierung neuerlich auf das Entscheidendste auf, ihre bisherige Untätigkeit und Verschleppung der Einigungsverhandlungen dadurch endlich aufzugeben, daß sie durch Herabsetzung der Kohlenabgabe und der Frachttarife den entscheidenden Schritt zur Beilegung des nun so bedrohlich werdenden Konfliktes unternimmt. Der Reichsausschuh macht die Regierung, welche bisher heimlich und offen die Bergwerksbesitzer unterstützte, falls sie das verderbliche Gebuld und Doppelspiel mit der Bergarbeiterschaft und den Interessen der Arbeiterschaft nicht sofort aufgibt, für alle Folgen, die aus einer weiteren Säumigkeit entstehen können, vor der ganzen Bevölkerung verantwortlich.

Entscheidende Tage im Kampf der Bergarbeiter.

Eine neue Provokation der Unternehmer.

Die Zentralkomitee teilt mit: Die Streiklage ist unverändert. — Die für vormittags anberaumte Verhandlung der Ostrauer Sektion wurde, nachdem die Ostrauer Grubenbesitzer eine längere Erklärung zur Vorlesung

brachten, die in einem 24prozentigen Lohnabbau gipfelt, nach ganz kurzer Dauer abgebrochen und zwecks Beantwortung der Erklärung bis nachmittags fünf Uhr vertagt. In der schriftlichen Antwort der Vertreter der Bergarbeiter werden zunächst die bereits oft berichtigten und trotzdem wiederholten unwahren Behauptungen der Unternehmer zurückgewiesen und der von ihnen vorgeschlagene 24prozentige Lohnabbau als Provokation bezeichnet.

Die für fünf Uhr anberaumte Beratung des Plenums wurde auf acht Uhr verlegt.

Tages-Neuigkeiten.

Der neue Prager Bürgermeister. Die wir erfahren, dürfte Dr. Daza nicht mehr Bürgermeister von Prag werden. Es macht sich in sämtlichen sozialistischen Parteien ein starker Widerspruch gegen seine Wiederwahl geltend. Die tschechische nationalsozialistische Partei, die als stärkste sozialistische Partei im Prager Rathaus den Anspruch auf den Bürgermeisterposten erhebt, berät noch über die durch die Ablehnung Dr. Dazas geschaffene Situation. Sie dürfte an dessen Stelle den Jng. Mleser kandidieren, der die Stimmen aller tschechischen sozialistischen Parteien erhalten würde und somit Bürgermeister von Prag werden dürfte.

Wieder einer! Aus Badgastein wird berichtet: Der Kooperator Anton Bichtenegger in Badgastein wurde vom Unterrichte in der dortigen Volksschule enthoben, da er sich während und außerhalb des Unterrichtes an seinen Schülerinnen schwer vergangen hat. Die gerichtlichen Erhebungen ergeben fortlaufend ein umfangreiches, schwerbelastendes Material.

ten tschechischen Stimmen ist gerade in den Bezirken Aulitz, Tepitz-Schönau, Brüx, Duz und Oberleutensdorf sehr erheblich. Es ist nicht leicht, eine Abschätzung der deutschen und tschechischen kommunistischen Stimmen in den gemischtsprachigen Gebieten Nordwestböhmens vorzunehmen. Aber wenn man nur annimmt, daß ein Drittel der dortigen kommunistischen Stimmen tschechischen Ursprungs sind (wahrscheinlich ist das zu niedrig gegriffen), so ergibt sich daraus allein schon, daß die deutsche sozialdemokratische Partei in Nordwestböhmen mindestens fünfmal so stark ist wie die deutschen Kommunisten. Wie aber würde erst der Versuch ausfallen, wenn sich der „Vorwärts“ auch noch der dankenswerten Mühe unterzöge, einen Vergleich der deutschen kommunistischen und der deutschen sozialdemokratischen Mandate auch in West- und Ostböhmen und in den deutschen Gebieten Mährens und Schlesiens anzustellen! Der „Vorwärts“ wird sich zu einer solchen Statistik wahrscheinlich schwer entschließen, da zum Beispiel die Anführung des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien im Bezirk Karlsbad, wo 275 deutschen sozialdemokratischen Mandaten 17 Kommunisten gegenüberstehen, die bodenlose Lächerlichkeit der kommunistischen Behauptung von einer „katastrophalen Niederlage“ der deutschen Sozialdemokraten erweisen würde. Wir selber aber werden nicht ermangeln, das Stärkeverhältnis zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten im deutschen Gebiet, so wie es die Gemeindevahlen ergeben, klar festzustellen. Und aus dieser Gesamtübersicht wird es dann erst so recht begrifflich werden, daß der „Vorwärts“ und die Reichenberger Kommunisten von den Gemeindevahlen „mehr erwarteten“ haben.

Wann tritt das Parlament zusammen? Von der Absicht, das Parlament auf irgend einen Tag des Monatsendes einzuberufen, ist man abgekommen. Das Abgeordnetenhaus dürfte erst Mitte Oktober zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten. In dieser Sitzung wird die Frühjahrsession des Hauses formell beendet und die Herbstsession eröffnet werden. In der Eröffnungssitzung wird Finanzminister Becka das Budget für das Jahr 1924 unterbreiten und gleichzeitig hierzu Aufklärungen erteilen. Möglicherweise wird auch Außenminister Dr. Benes über seine Beratungen in Sinai, Rom und Genf berichten. Sodann wird eine mehrwöchige Pause in den Plenarsitzungen eintreten, damit das Budget im Budgetausschuh verhandelt werden kann.

Herabdrückung des Preises für Hopfen und Eier. Das „Ceske Slovo“ meldet: Mit Rücksicht auf die Regelung der Bierpreise im Herbst widmet das Ernährungsministerium auch den Hopfenpreisen erhöhte Aufmerksamkeit. Die Teuerung des Hopfens sei unhaltbar. Es werden deshalb Maßnahmen behufs Einfuhr von billigem Hopfen aus dem Auslande getroffen. — Wie das Blatt weiter meldet, hat das Ernährungsministerium mit Rücksicht auf die ungewöhnliche Preissteigerung der Eier Maßnahmen getroffen, daß unter bestimmten Bedingungen billige Eier aus Polen eingeführt werden. Diese Einfuhr wird regelmäßig sein und die Eierpreise wesentlich herunterdrücken.

Horthjulist. Am 25. Juni erschien in der Budapest sozialdemokratischen „Nepava“ ein Bericht über die grauenhaften Zustände im Lager von Jaloegerjeg, dessen Verfasser der Journalist Barabas, von der Regierung wegen dieses Artikels angeklagt und vom Staatsgerichtshof zu einem halbjährigen Gefängnis verurteilt wurde. Er appellierte gegen dieses Urteil und verlangte Zulassung zur Tafel, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können. In der ersten Instanz wurde ihm dies nicht gestattet, jetzt aber wurde seiner neuerlichen Appellation willfahrt und im Laufe des Zeugenverhöres ergab sich die Wahrheit seiner Behauptungen.

Das Judenviertel in Sambor abgebrannt. In der vergangenen Nacht ist durch einen großen Brand das jüdische Viertel der Stadt Alt-Sambor fast vollständig vernichtet worden. 70 Häuser und zwei Synagogen wurden ein Raub der Flammen. 150 Familien sind obdachlos. Der Brand konnte bisher noch nicht gelöscht werden.

Grazer Stille und Räuber als Jollschwinder. Der Grazer „Arbeiterwille“ berichtet: Der Dominikanerkonvent in Graz hat am 13. d. von der Radkersburger Grenze 118 Hektoliter Wein jollfrei eingeführt. Der Wein ist aus Jugoslawien und wurde sofort in Radkersburg an die Grazer Mustereiserei weiterverkauft. Dadurch sind dem Staat etwa 160 Millionen Kronen für Zoll, Steuer, Warenumsatzsteuer und Kontrollgebühr entgangen. Das Abmonter Stilt hat erst vor kurzem eine Menge Wein jollfrei eingeführt, während alle anderen Grazer Wirte jeden Liter Wein vorsteuern müssen.

Proletarische Opferbereitschaft. Während die Wiener Arbeiter und Angestellten nach dem Beschluß der Wiener Organisation durch zwanzig Wochen je 1000 Kronen für den Wahlfonds abliefern, gehen manche Betriebe, wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, weit darüber hinaus. So geben die Werkstättenbediensteten der Südbahn ein prächtiges Beispiel von Opferwillen: Sie haben in ihrer Vollversammlung den Wahlfonds monatlich ein Prozent ihrer Bezüge zu widmen. Das Ergebnis der ersten Sammlung ergab den statistischen Betrag von 18.621.560 Kronen!

Devisenrazzia in Berlin. Dienstag wurde in der Friedrichstraße und im Westen Berlins eine Devisenrazzia vorgenommen. Der Reichskommissar für Devisenrazzia, Geheimrat Felinger erklärte bezüglich derselben gegenüber einem Vertreter der Vossischen Zeitung: „Es war mir bekannt, daß in einer großen Anzahl von Lokalen Berlins in größerem Maßstabe mit Devisen und vor allem mit Banknoten gehandelt wird. Ich beschloß deshalb, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vorzunehmen. Im Augenblicke ist eine Uebersicht über den Ertrag des Unternehmens nicht möglich, jedoch dürften meiner Schätzung nach die beschlagnahmten Banknotensummen, die sich aus den Geldsorten aller Länder zusammensetzen, recht beträchtlich sein. Ich habe den ge-

samtent Ertrag sofort dem Reiche zur Verfügung gestellt.“ — Ueber die Vorgänge bei den Devisenrazzien teilt der „Lokal-Anzeiger“ noch mit: Zahllos waren die Fälle, in denen die fremden Geldsorten in hohen Beträgen hinter und unter Sofas und Tische geworfen wurden. Alle anwesenden Gäste und das Personal, das sich übrigens auch zum Teil an dem Devisenhandel beteiligte, mußte sich eine körperliche Durchsuchung gefallen lassen. Eine große Anzahl von Ausländern, die sich nicht im Besitze von gültigen Pässen befanden, wird in den nächsten Tagen zwangsweise über die Grenze abgeschoben werden.

Zugunglück im Triester Bahnhof. In Triest ereignete sich auf dem Bahnhof ein Zusammenstoß, indem ein Personenzug infolge Versagens der Bremse gegen den Sperrblock stieß, wodurch mehrere Waggons entgleisten. Hierbei wurden 27 Personen verletzt.

Der Brand in der kalifornischen Stadt. Durch den Brand, der am Montag in Berkeley gewütet hat, wurde ein Schaden von acht Millionen Dollars verursacht; 25 Personen werden vermißt, ebensoviel Personen wurden verletzt, 2500 Personen sind obdachlos.

Bei der Misseleistung tödlich verunglückt. Dieser Tage troch ein Arbeitsloser mit Namen Woschke in eine der verlassenen Schachtfönungen des ehemaligen Wenzelschachtes bei Alt-Rohlaun, um dort nach Kohle zu graben, wurde jedoch durch die in dem Schachte sich entwickelnden Kohlendämpfe ohnmächtig. Der in der Nähe beschäftigte 18jährige Arbeiter Wagner wollte den Verunglückten retten und ließ sich an einem Seil in den Schacht. Auch er wurde ohnmächtig. Sein Vater bemerkte die Gefahr und kam den beiden Verunglückten zu Hilfe, fand aber hierbei den Erstickenstod. Auch sein Sohn konnte nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden. Woschke wurde gerettet.

Beim Brande erstickt. In Netshas bei Liban vernichtete dieser Tage ein Brand drei Anwesen und eine Scheuer. Das vierjährige Töchterchen des Landwirtes V. Lisaf erstickte im Rauche, ehe es sich retten konnte.

Aus der Strafanstalt Vorky entwichen. Die Sträflinge Horzky und Fila entwichen Montag aus der Scheuer des Landwirtes Franz Spirek in Strychna bei Pilsen, wo sie beim Drechsel verwendet wurden; sie werden streckbriestlich verfolgt.

Witterungsübersicht am 19. September. Der Durchzug des Ausländers der nordatlantischen Depression durch die Republik war am Dienstag von einem Wettersturz gefolgt, der den westlichen Teil des Staates bereits am Nachmittag den östlichen erst in der Nacht erreichte. Vorher wurden daher in Mähren und in der Slowakei noch sehr hohe Temperaturen (27 bis 29 Grad C) erreicht, während das bewölkte Wölkchen bereits kühlter war. Die Regenfälle, deren Menge mit zehn bis 16 Millimeter in der Osthälfte Böhmens und in der mittleren Slowakei am größten war, hoben die Temperaturen — nach mehr als einwöchentlicher Dauer warmen Wetters — auf oder unter den Normalwert abgelenkt. Das Vorrückende höheren Druckes aus südlichen Breiten, das sich in breiter Front vorzieht, ist heute Mittwoch in der Republik noch von Regenschüben und Lokalgewittern bei südwestlichen Luftströmungen begleitet. Langsame Beruhigung und Pessierung steht bevor; keine Störungen, die in den südlichen Hochdruck eingebettet sind, bedingen freilich noch immer eine gewisse Unsicherheit. — Wahrscheinliches Wetter am 20. September: Fortschreitende Besserung, doch noch nicht behändig.

Prager Chronik.

Die Inskription an der Prager Univ. rüstet.

Die Einschreibungen der Hörer für das Wintersemester des Studienjahres 1923-24 begannen am 24. September und enden am 8. Oktober. Die Einschreibungen finden täglich von 8 bis 12 Uhr statt, am Montag, den 24. September, beginnt die Inskription erst um 11 Uhr. Die neuen Universitäts Hörer müssen sich bei der Einschreibung mit einer Bestätigung des Dekans der betreffenden Fakultät, an der sie studieren wollen, über ihre Aufnahme ausweisen. Hörer, welche vom Kollegiengeld befreit sind, haben sich vom Dekanat die Befreiung im Index und im Nationale bestätigen zu lassen und diese der Quästur vorzulegen. Hörer, welche um Befreiung vom Kollegiengeld ansuchen, haben ihre Gesuche beim Dekan vorzulegen und finden sich auf der Quästur erst nach Erledigung ihres Gesuches ein. Die Quästur prüft die Studierenden in Praa, sich in den ersten Tagen einschreiben zu lassen, da erfahrungsgemäß zu Ende der Inskription ein großer Andrang herrscht.

Zus dem Polizeibericht.

Das Ehepaar Stejfal sagt, als ob es geschieden war, den Plan, Dreitaltschwindereien auszuüben. Ludwig inskrierte, er suche eine Frau, Marie inskrierte, sie suche einen Bräutigam. Marie begleitete den Ludwig zu den Brautschauen als seine Ausrufe und lobte ihn vor den „Bräuten“ über den grünen Alee, Ludwig begleitete die Marie zu den angumpunden „Bräutigamen“ als ihr Vetter. So wurden fünf Bräute um 45.000 K erleichtert. Ein „Bräutigam“ zahlte dem „Vetter“ als Wohnungsablösung 13.000 Kronen. Aber es kam weder zur Hochzeit noch zur Wohnungsabtretung. In allen Fällen hatte Stejfal die Einrichtung als Bürgschaft gegeben, aber diese Einrichtung hatte er vorher seiner Mutter als Eigentum abgetreten. Anmehrer ist das Ehepaar in Hof beim Landesoberstaatsgericht. — Im Baumgarten wurde Dienstag abend die Leiche einer 65jährigen unbekanntes Frau aufgefunden. Sie ist von starker Statur, hat rundes Gesicht, kastanienbraunes Haar, braune Augen trägt ein schwarzweiß kariertes Bluse, braunen Hoch schwarze Schuhe und schwarze Strümpfe. Bei ihr wurde auch ein Regenschirm und eine schwarze Handtasche gefunden.

Kleine Chronik.

Das Leben der japanischen Arbeiterinnen.

In einer französischen Zeitung bringt eine sozialistische Frau aus Japan, die Genosin Kato, einige Angaben über die Lage der japanischen Arbeiterinnen. Die meisten japanischen Frauen müssen sich selbst erhalten, da die japanische Frau von der Familienerbfolge ausgeschlossen ist. In Europa weicht man es nicht, daß in den japanischen Bergwerken mehr als 60.000 Arbeiterinnen unter der Erde, bis zum Gürtel noch in der dumpfen Grubenluft arbeiten. In den großen Baumwollfabriken arbeiten fast ausschließlich Frauen, da für Männer diese Arbeit unerträglich ist. Aber auch die Frauen können die Arbeit nicht lange aushalten, die Hälfte der Arbeiterinnen bleibt weniger als ein Jahr in einer Stelle, trotzdem sie in Unterkunftsheimen der Spinnereien wohnen. Die Spinnereien arbeiten 20 bis 22 Stunden den Tag, und zwar in zwei Schichten von elf bis zwölf Stunden Arbeitszeit, mit einer halben Stunde Essen- und einer Viertelstunde Frühstückzeit. Das Alter der Arbeiterinnen ist zwischen 14 bis 30 Jahren. Arbeiterinnen über 30 Jahre sind selten, da sie in diesem Alter bereits ausgedient sind. In den Bergwerken werden die Frauen auf drei Jahre verpflichtet und während dieser Zeit müssen sie geradezu wie Soldaten dienen. Die Arbeitszeit beträgt täglich 11 Stunden, der Lohn ist unglücklich niedrig. Infolge der schweren Arbeit und der schlechten Ernährung wüdet die Tuberkulose unter den Arbeiterinnen. Die Arbeitersterblichkeit Japans steht ohne Beispiel auf der Welt da. Frau Kato teilt den Text eines Liedes mit, das von den Arbeiterinnen in den Bergwerken gesungen wird: „Im Schlafraum der Fabrik sind unsere Nächte kummervoller, als die der Gefangenen, und einem Vogel ist in seinem Käfig wohler! Daß diese Fabrik vom Erdboden verschwände! Daß dieser Schlafraum in Trümmer zerfiel! Daß unsere Wächter die Besten träfel! Die unendlichen Kräfte der Natur haben die von der Verzweiflung geborenen Wünsche der Arbeiterinnen erfüllt. Sie selbst haben ihr Grab unter den Trümmern gefunden. Ein Bericht sagt, daß die Arbeiter einer Fabrik, 17.000 bis 19.000 an der Zahl, in den Betriebsräumen eingeschlossen wurden, damit sie nicht am Streik teilnahmen. Sie sind bei dem Erdbeben sämtlich ums Leben gekommen.

Vollstwirtschaft und Sozialpolitik.

Technische Fortschritte bei der Erzeugung von Tafelglas in der Tschechoslowakei. In der Tafelglaserzeugung haben sich in den letzten Jahren bedeutende technische Umwandlungen vollzogen, wodurch die alte Produktionsmethode der Handarbeit immer mehr verdrängt wird. Diese Einführung der neuen Technik ist im besonderen in Amerika, Belgien, Deutschland zu verzeichnen, und macht nun seine ersten Anfänge in der Tschechoslowakei. Im Teplizer Gebiete ist vor längerer Zeit eine Hütte gegründet worden, welche im Zeichen der Entwicklung zum Großbetriebe steht und in der die Erzeugung von Tafelglas nach dem System des Fourkautschen Plattenziehverfahrens erfolgt. Hierbei wird aus der flüssigen Glasmasse unter Umgehung der Walze direkt eine Glasplatte gezogen. In der flüssigen Glasmasse eines Vorherdes von einer kontinuierlichen Schmelzwanne schwimmt eine sogenannte Ziehbrüse, das ist ein länglicher vieredriger, feuerverfester Trög mit einem länglichen Schlitze in der Mitte. Diese Ziehbrüse wird so in die Glasmasse eingedrückt und festgehalten, daß aus ihrem Schlitze das Glas in Bandform hervorquillt. Dieses Glasband wird sofort mit einem Fangstüd, das ist entweder eine Eisenschiene oder eine Drahtglastafel von entsprechender Form, gefaßt und emporgehoben; immer neues Glas wird nachgezogen, das Glasband läßt ab und erstarrt, es wird dann in bestimmter Höhe von Abstellrollen gefaßt und in einen Röhlschacht emporgezogen; am oberen Ende desselben wird das nunmehr bereits fertiggestellte Glasband fortwährend in einzelne Teile zerlegt. Die Geschwindigkeit bei der Herstellung von 2 Millimeter starkem Glas beträgt 25 m stündlich, entsprechend einer Monatsproduktion von 10.000 Quadratmeter 1-1, 25 Meter breiten und 1,8 Millim. starken Glases. Große Mengen so hergestelltes Fensterglas wurden bereits verkauft, ohne daß ein Unterschied von geblasenem Glas bemerkt wurde; auch Spiegelglas kann nach diesem Verfahren erzeugt werden, es ist schön glänzend und sehr eben, so daß wenig weggeschliffen werden muß. Ein Mangel, der aber jetzt auch beseitigt sein soll, sind die in der Ziehrichtung verlaufenden Längsstreifen. Der Internationale Spiegelglasverband hat das Monopol der Fourkautschen Patente für Spiegelglas übernommen.

Die Graphitgewinnung. Der bergmännisch gewonnene Graphit (reiner Kohlenstoff) dient nach einem Reinigungsverfahren hauptsächlich zur Bleistiftfabrikation und wegen seiner Feuerfestigkeit zur Herstellung von Schmelzriegeln für die chemische und hüttenindustrielle Industrie, sowie in der Elektrotechnik zur Herstellung von Lichtrohren und anderem mehr. Die Hauptlagerstätten befinden sich in Deutschland, Oesterreich, Italien, in der Tschechoslowakei, auf Ceylon und Madagaskar und in Korea. Die Weltförderung von Rohgraphit betrug 1921 etwa 75.000 Tonnen. Das graphitreichste Land vor dem Kriege war Oesterreich, dessen Graphitlagerstätten sich auf Böhmen, Mähren, Steiermark und Niederösterreich verteilten. Es nahm mit einer durchschnittlichen Jahresproduktion von rund 42.000 Tonnen auch in der Graphitgewinnung die erste Stelle ein. In den Kriegsjahren fielen jedoch die Förderungsleistungen der graphitreichsten Nachbarstaaten, der Tschechoslowakei und Oesterreichs ganz bedeutend, und zwar bis zum Jahre 1921 und insgesamt über die Hälfte der Vorkriegsförderung. Während in Böhmen und Mähren 1913 32.000 Tonnen Graphit gefördert wurden, sank die Gewinnung bis 1921 auf 8500 Tonnen. Gegenwärtig ist Deutschland das Hauptproduktionsland der Welt.

Die Weltzuckererzeugung im Betriebsjahr 1922-23 wird auf etwa 18,2 Millionen Tonnen geschätzt. Sie ist gegen das Vorjahr um rund 300.000 Tonnen oder 1,6 Prozent gestiegen und bleibt nur noch um 4 Prozent hinter der Vorkriegserzeugung zurück. Etwa über ein Viertel der Erzeugung ist, wie in den beiden Vorjahren, Rübenzucker, drei Viertel Rohrzucker. 1913-14 haben dagegen Rübenzucker und Rohrzucker einander fast die Wage gehalten. Am Rückgang der Rübenzuckererzeugung sind fast alle europäischen Zuckerlande beteiligt. Am stärksten Rußland, das noch nicht ein Viertel der Erzeugung von 1913-14 herstellte. In Deutschland, dem wichtigsten Rübenzuckerlande beträgt die Minderproduktion immer noch fast die Hälfte. Der Zuckerverbrauch der Welt kann nur annähernd gegeben werden, da die Schätzungen von einander sehr abweichen. Nach einer in der „Deutschen Zuckerindustrie“ veröffentlichten Uebersicht hat der Weltverbrauch im Jahre 1921-22 um rund drei Millionen Tonnen oder 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Am Zuckerverbrauch stehen sowohl absolut wie pro Kopf die Vereinigten Staaten an erster Stelle. Ihr Verbrauch betrug im Jahre 1922 fast das eineinhalbfache der Vorkriegszeit und über ein Viertel des gesamten Weltverbrauches. Als Ursache dieser Steigerung wird unter anderem das Prohibitionsgesetz angegeben. Durch den Ausfall an alkoholischen Getränken sei der Bedarf in anderen Getränken und Limonaden und dergleichen, zu deren Herstellung vielfach Zucker benötigt wird, in großem Umfange gestiegen. Nachstehend sei der Zuckerverbrauch pro Kopf einiger wichtiger Länder wiedergegeben: Vereinigte Staaten 52,50 Kilogramm, England 41,21, Dänemark 46,51, Niederlande 34,96, Schweiz 33,97, Norwegen 32,46, Schweden 30,73, Tschechoslowakei 23,17, Belgien 21,61, Frankreich 20,91, Deutschland 20,73, Oesterreich 17,42, Ungarn 9,19, Italien 7,85, Spanien 8,43,

Polen 5,55. Alle diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1922.

Eine neue Ausfuhrverbotsliste in Deutschland. Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien setzt mit Wirkung vom 27. September d. J. alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen Rohstoffe, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche weiter verarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Notgesetzes wird die Berechnung und Bezahlung von Exportwaren in hochwertiger Valuta sowie die Verwendung der Gegenwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft vorgeschrieben.

Ein österreichisch-polnischer Schiedsvertrag. Anlässlich des Aufenthaltes des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel in Warschau wurde das Projekt eines Schiedsvertrages zwischen Polen und Oesterreich unterzeichnet. Diese Abmachung sieht u. a. vor, daß in der Zukunft alle eventuellen Streitigkeiten zwischen Polen und Oesterreich einem Schiedsgerichte übertragen werden sollen. Außerdem wurde ein Protokoll unterfertigt, welches den Abschluß einer Konsularkonvention sowie die Aufnahme der Verhandlungen betreffend die Bismarckbahn vorsieht. Schließlich wurde die Angelegenheit der Kohlenlieferungen nach Oesterreich besprochen. Bei Verhandlungen der wirtschaftlichen Angelegenheiten haben beide Teile vereinbart, daß im geeigneten Augenblicke der bestehende polnisch-österreichische Handelsvertrag ergänzt werden soll.

Der Streik in den Wiener Kinos beigelegt. Nachdem bereits am Sonntag die Kinoangestellten mit den Unternehmern direkt Fühlung genommen hatten, ohne aber zu einer Einigung zu kommen, traten Angestellte und Unternehmer Dienstag neuerlich im Ministerium für soziale Verwaltung zusammen. Nach mehrstündigen, schwierigen Verhandlungen konnte eine Einigung erzielt werden. Die Angestellten setzten ihre Hauptforderungen durch. Ueber das Ergebnis, das einen großen Erfolg für die Angestellten und ihre Organisation, die Union des Bühnen- und Kinospersonals, bedeutet, wurde noch nachmittags den Angestellten berichtet. Sie beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, wogegen die Unternehmer sofort die Aussperrung aufhoben. Abends wurde bereits in allen Kinos wieder gespielt.

Ueberstundenstreik der Wiener Schauspieler. (Eigenbericht.) Durch den Abbruch der seit einigen Tagen zwischen dem Direktorenverband und den Bühnengestellten geführten Verhandlungen sind die Theaterangestellten der Privattheater zum Kampf gezwungen. Sie haben zunächst abgesehen, Ueberstunden zu machen, was für den Spielplan große Schwierigkeiten bedeutet. Die sozialdemokratische Organisation der Bühnengestellten hatte nämlich gewisse Forderungen gestellt, die Direktoren weigerten sich aber, irgend eine Erhöhung der Löhne oder überhaupt Verbesserungen des geltenden Vertrages vor dem 15. Oktober zuzugestehen. Vorläufig beschränkt sich der Konflikt auf die Privattheater, während bei den Staatstheatern noch im Laufe dieser Woche gefordert verhandelt werden soll.

Rückgang der englischen Eisenindustrie. Im Laufe des Monats Juli wurden in Großbritannien 16 Hochöfen ausgeblasen. Die Erzeugung von Roheisen betrug nur 655.100 Tonnen, d. h. um 37.800 Tonnen weniger als im Juni. Eine leichte Besserung zeigt nur die Erzeugung von Guß- und Schmiedeeisen. Abgenommen hat die Produktion in der Stahlindustrie, und zwar besonders in Schottland, Sheffield, Südwales und Lomouthshire.

Die Kommunisten bauen weiter ab. Der Rat der Volkskommissare des Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken beschloß, das System der Lebensmittelrationierung aufzuheben. Dieser Beschluß tritt im Oktober in Kraft. Das Volkskommissariat für Volksverpflegung wird Lebensmittel nur für das Heer und die Marine und teilweise auch für den Transport beschaffen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Solik.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

19. September 1923 morgens	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur °C	Windrichtung und Stärke (0-12)	Wetter	Luft- niederschlag	Temperatur gr. nachm.
Prag	762	10	SSW, 1/2	bed.	10	20
Brünn	762	20	W, 1/2	bed.	6	27
Rechjavič (Böhmen)	746	8	WSW, 1/2	bed.	12	12
Stornoway (Dänemark)	758	12	WSW, 1/2	bed.	12	12
London	748	9	—	—	5	15
Oslo (Norwegen)	749	9	SO, 1/2	bed.	6	13
Danzig	751	11	SW, 1/2	bed.	1/2	17
Warschau	760	14	WSW, 1/2	bed.	1	17
Paris	762	10	SW, 1/2	bed.	5	15
Berlin	761	9	W, 1/2	bed.	18	—
Wien	763	13	W, 1/2	bed.	8	—
Belgrad	762	19	SW, 1/2	heiter	—	—
Bukarest	767	14	W, 1/2	bed.	15	21
Triest	762	17	S, 1/2	bed.	12	—
Riga	—	—	—	—	—	—
Söhnenstationen (Luftdruck nicht reduziert)						
Zimmerberg 840 m	886	8	WSW, 1/2	bed.	7	15
Záncaplatz 1610 m	823	2	W, 1/2	bed.	11	14
Suglitz 2960 m	529	—	NW, 1/2	Schnee	8	—

Devillenturje.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Krant	17.00'00
Berlin	Mark	5.400.000'00
Wien	Sterr. Kr.	2130'00

Prager Kurje am 19. September.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1841 00	1345'00
10.000 Mark	0 15 1/2	0 25 1/2
100 belg. Francs	188.25	167.75
100 schweiz. Francs	600.75	608.25
1 £ und Sterling	153.50'00	155.00'00
100 Lire	150.75'00	152.25'00
1 Dollar	33.75'00	34.15'00
100 franz. Francs	198.25'00	199.75'00
1000 Dinar	38.50'00	37.00'00
10.000 ungar. Kronen	17.30'00	19.80'00
10.000 poln. Mark	1.20'25	1.21'75
10.000 österr. Kronen	4.58'00	5.03'00

Züricher Schlusskurje am 19. September

	Gold	Ware
Paris	33.05'00	33.10'00
London	25.88'00	25.73'00
Berlin	0.015	0.030
Mailand	25.00'00	25.10'00
Soloth	222.25'00	223.25'00
Wien	0.00.78'50	0.01.80'25
Budapest	0.03'00	0.03'10
Prag	16.95'00	17.05'00
New York	5.66'50	5.67'50
Belgrad	6.02'50	6.15'00
Warschau	0.00.19'00	0.00.23'00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 20. September Morgan — „Causa Kaiser“. Freitag, den 21. Sept. „Nachtlager von Granada“, „Sonnens Geheimnis“. Samstag, 22. Sept. „Troubadour“. Sonntag, den 23. Sept. 3.30 Uhr „Causa Kaiser“, abends Premiere „Die Siegerin“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Donnerstag, den 20. September Ausflug sichtigung halb acht Uhr im Café „Rizja“. Wanderungen laut Programm entfallen. 18-18

Turnen und Sport.

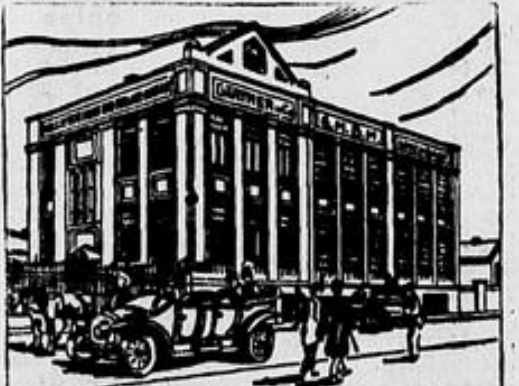
Fußball. Schweden schlägt Norwegen 3:1. Der Sonntag in Kristiania angetragene Länderkampf Schweden gegen Norwegen ergab nach hartem Kampfe einen Sieg Schwedens mit 3:1, nachdem Norwegen bei Halbzeit mit 0:1 in Führung lag. — Sonntag spielt D. F. C. gegen Wiener Sp. C. und Slavia gegen Maffabi-Brünn.

Alle Bücher Bibliotheken

liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit, Leipzig-Edenau, Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswert. Gelegenheitsläufen. Preisermäßigungen senden wir auf Wunsch kostenlos.

Insertieren Sie im „Sozialdemokrat“ für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtners & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, manche Holz- und Blechmaschinen mit einer Kapazität von 500.000 Buchstaben, Relationenmaschinen mit einer Kapazität von 200.000 Zeilungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 1923